

Meinhard Creydt

Zentrale Probleme von Konzepten für eine nachkapitalistische Gesellschaft

(erschien unter der Überschrift „Ausweichen vor Problemen hilft niemand“ in:
Die Internationale, H. 3, 2020. <https://www.inprekorr.de/internat582.pdf>)

Meine Arbeiten zur Frage „Was kommt nach dem Kapitalismus?“ (zuletzt die gleichnamige
Broschüre, die Anders in „die internationale“ 5/2019 kritisiert), enthalten folgende Momente:

- Analyse von Kräften und Tendenzen in der gegenwärtigen Gesellschaft, die in die Richtung einer nachkapitalistischen Gesellschaft weisen können,
- Entwicklung eines neues Paradigma des Reichtums und der Lebensqualität in der nachkapitalistischen. Gesellschaft („gutes Leben“ im Sinne von „Praxis“) aus der Analyse der Gegenwart,
- eine Analyse der Gesellschaft, in der politische Phänomene nicht an konstitutiver Stelle stehen,
- Analyse der Probleme einer nachkapitalistischen Gesellschaft,
- Überlegungen, was aus dem neuen Paradigma zur Orientierung in den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen folgt.

Die Leser von Anders' Kritik bekommen diesen Kontext nicht dargestellt und insofern hängen meine Argumente, die Anders präsentiert, in der Luft. Angesichts der engen Platzvorgaben der Redaktion ist es hier nur möglich, die ausgeblendeten Probleme darzustellen und nicht meine „positiven Vorschläge“. Der komplette Text meiner Antwort steht unter: http://www.meinhard-creydt.de/cms/wp-content/uploads/2020/03/2020_creydtantwortanders9.pdf . Dort finden sich auch die Literaturangaben.

I) Wie kann unter nachkapitalistischen Bedingungen die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse durch die Bevölkerung aussehen? Leider wird bei vielen Konzepten nicht deutlich, wie sich Einwände beantworten lassen. Die Anhänger entsprechender Modelle vermögen dann oft nur den Bekehrten zu predigen.

a) Die Probleme der auch von Anders (2019) beschworenen Rätedemokratie: In basisdemokratischen Entscheidungsverfahren stellt sich das Problem des Zeitaufwandes und der Überforderung von Verarbeitungskapazitäten, Kommunikationsfähigkeiten und Aufmerksamkeitsspannen der Individuen. Wenn der Satz gilt „Selbstverwaltung heißt nicht Aufgabe des Delegierungsprinzips“ (Mandel 2000, 211), dann haben wir es schon bei einem 100.000 Einwohner umfassenden Gemeinwesen mit einer mehrstufigen Delegation zu tun und mit einer Komplexität, die basisdemokratische Überschaubarkeit und Kontrolle infrage stellt. Es entstehen Partizipationseliten und Profis der „Selbstverwaltung“. Konzepte für die institutionellen Formen der gesellschaftlichen Debatten und Entscheidungsprozesse sind mit dem Wirrwarr der sich überschneidenden Zuständigkeitsbereiche verschiedener Gremien konfrontiert sowie mit einem hohen Abstimmungsaufwand zwischen ihnen. Die Zunahme von demokratischen Prozessen erhöht

die Menge an Aushandlungsprozeduren. Die Zahl der Schnittstellen vergrößert sich und damit der Aufwand von Organisationen, die die Prozesse vor- und nachbereiten. Strittig ist bereits oft, welcher Personenkreis bei welcher Abstimmung abstimmungsberechtigt sein soll. Wer sich von höherer Transparenz mehr Demokratie verspricht, sieht davon ab, dass erst „Information in Wissen und Wissen in politisches Urteil überführt werden“ muss (Baumann 2014, 406). Für diese Verarbeitung ist wiederum (Vor-)Wissen vorausgesetzt. Zum Problem wird die Informationsüberflutung. „Wenn die Informationsflut derart anschwillt, dass eine Entdeckung politischer Normverstöße nicht mehr zu befürchten ist, greift das Prinzip Öffentlichkeit ins Leere. Bei voller Transparenz wird die Politik in gewisser Weise also eher opak“ (Ebd., 405).

b) Wer heute (wie Anders 2019) für gesamtgesellschaftliche „Planwirtschaft“ eintritt, steht vor folgenden Problemen:

- Wie lässt sich die Überforderung der Planung mit der Bilanzierung und Erfassung der Milliarden verschiedener ökonomischer Beziehungen vermeiden?
- Wie lässt sich die für die Planung vorauszusetzende Treffsicherheit von wirtschaftlichen Prognosen sicherstellen, wenn die Komplexität der in sie eingehenden Faktoren die Komplexität von Wetterprognosen weit übersteigt? Deren Fortschritt besteht trotz modernster Messungsmethoden und großer Rechnerkapazitäten darin, dass vor 30 Jahren sich das Wetter einen Tag voraus vorhersagen ließ, jetzt drei Tage (Pappenberger, Cloke 2019, 17).
- Wie ist mit dem Problem umzugehen, dass eine gesamtgesellschaftliche Planung die Autonomie der einzelnen Betriebe und Organisationen stark einschränkt (infolge z. B. von Zentralisierung der Gewinne und straffen Vorgaben und Normierungen)? Ein analoges Problem stellt sich im Verhältnis zwischen der Autonomie ausdifferenzierter Bereiche und gesamtgesellschaftlicher „Kontextsteuerung“ (vgl. Willke 1997, 88f.).
- Die Planaufstellung inklusive Plandiskussion ist ein arbeitsreicher, kosten- und zeitaufwendiger Prozess. Das begrenzt die Anpassungsflexibilität einer Planwirtschaft. „Auch in einer zentral geplanten Volkswirtschaft existieren sog. exogene Variablen und Ereignisse, die nicht geplant, vorhergesehen und beeinflusst werden können. (Schon Wilhelm Busch wusste: „Stets findet Überraschung statt, da wo man's nicht erwartet hat“ – Verf.) Wenn solche ungeplanten Einflüsse an irgendeiner wichtigen Stelle die Planerfüllung unmöglich machen, pflanzt sich dieser Effekt gemäß der Verflechtungsmatrix durch die gesamte Volkswirtschaft fort. Der Plan bricht zusammen“ und „Betriebsleiter verfügen nunmehr über eine unwiderlegbare Entschuldigung für weitere Planabweichungen“ (Kleinewefers 1985, 427).
- Die Masse der Informationen legt nahe, dass mit hoch aggregierten Größen geplant wird, bei denen relevante, dezentral vorhandene Informationen unter den Tisch fallen. Die daraus resultierenden vereinfachten Modelle bilden die Realität nur unzureichend ab und führen zu in sich nicht stimmigen Plänen.

- Wie wird mit dem Problem umgegangen, dass sozialpolitische Maßnahmen wie z. B. die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln nichtintendierte, volkswirtschaftlich verschwenderische Effekte hervorbringen, wenn z. B. das preiswerte Brot als Viehfutter verwendet wird?
- Gegner der gegenwärtigen Verhältnisse setzen gern gegen die vermeintliche „Herrschaft der Sachzwänge“ die „Freiheit der politischen Gestaltung“. Wie wird vermieden, die „innerökonomischen“ Wechselbeziehungen und Rückkopplungsverhältnisse (z. B. zwischen Ausgaben und Einnahmen, zwischen Ausgaben für Konsum und für Investivgüter oder zwischen einander ausschließenden Verwendungsweisen von Produktionsmaterialien und Maschinen) zugunsten eines politischen Subjektivismus und Voluntarismus („Politizismus“) zu übergehen? [...]

Weit verbreitet (auch bei Schäfer 2019) ist der Fehlschluss, den Erfolg der Planung großer Konzerne unter Marktbedingungen als Beleg für das mögliche Gelingen gesamtgesellschaftlicher Planung zu werten, die den Markt ablösen könne. Dabei haben beide Sorten von Planung ganz verschiedene Aufgaben und Voraussetzungen. Die Koordination der Betriebe und Zulieferer im Konzern, sein Sich-Einstellen auf die zu erwartende Konjunktur und seine Strategie in der Konkurrenz stellen ihn vor ganz andere Probleme als eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft. Die Planung eines Akteurs im Markt „plant“ den Kurs eines Boots im Meer des Marktes. Die makroökonomische Planung müsste all das bilanzieren, proportionieren und bewusst dirigieren, was vormals der Markt auf seine Weise und mit seinen Maßgaben durch hinter dem Rücken der Beteiligten entstehende Preise reguliert. Die Wechselbeziehungen und die zu vermeidenden nichtintendierten Folgewirkungen und Eigendynamiken haben eine Größenordnung, die sich in ihrer Quantität so von Konzernplanungen unterscheidet, dass Quantität in Qualität umschlägt.

c) Föderalismus und Dezentralisierung: J.-F. Anders schreibt, die Frage, ob „ein patientengerechtes Krankenhaus einzurichten wäre oder ob die Expansion eines Produktionszweiges sinnvoll wäre, das, scheint mir, (ist) eine Frage, die vernünftigerweise zu entscheiden wäre von den jeweils Betroffenen, also von den Bewohner*innen eines Stadtteils, einer Gemeinde usw. – und zwar in örtlichen bzw. regionalen Räte-Organisationen. Für die Lösung solcher Aufgaben ist eine Plan-Zentrale – scheint mir – überhaupt nicht erforderlich“ (Anders 2019, 11). Gewiss will niemand alles zentralisieren. Aber: Manche Regionen weisen gute Böden für Landwirtschaft auf, andere nicht. Warum bedarf es keiner Regelungen, die das gesamte Land betreffen und z. B. regionale Ungleichheiten vermeiden (in Bezug auf Produktionszweige und medizinische Versorgung)? Anders' Rede von „den jeweils Betroffenen“ ist eine Leerformel. Mit ihr lässt sich keinerlei Antwort finden auf die Frage, wer bspw. über das Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ abstimmen soll: Die von der Baustelle betroffenen Einwohner Stuttgarts, die Nutzer der betroffenen Bahnlinien, die Steuerzahler, die für das Projekt zur Kasse gebeten werden? Wir finden drei ganz verschiedene

Gruppen von „jeweils Betroffenen“ vor mit recht unterschiedlichen Interessen.

d) „Computersozialismus“: Planwirtschaft hat Anhänger, die der These folgen, mit modernen Rechnerkapazitäten seien die wirtschaftlichen Relationen leicht zu ermitteln. Unter Voraussetzung der dichten Vernetzung der verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten untereinander und mit Vorleistungen und dem allgemeinen Wissensstand lässt sich die in den jeweiligen Produkten verkörperte notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit nicht errechnen (vgl. dazu Creydt 2019, 43f.). Zu Marx' Kritik an entsprechenden Vorstellungen von Proudhon vgl. Weiß 2009, 44-55. Vgl. a. H. G. Furlan: Marx' Arbeitsscheine (in: Phase 2, Nr. 57, Leipzig 2020). Die Ermittlung von Arbeitszeiten mutet „in dem Maße“ als anachronistisch und widersinnig an, „wie die große Industrie sich entwickelt“ und „die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig (wird) weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die [...] selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet“ (Marx 1974, 592). Von den gestiegenen Möglichkeiten, große Datenmengen zu berechnen, wird zweitens in Computereuphorie irrtümlich auf die Berechenbarkeit von Gesamtzuständen geschlossen. Bereits am Beispiel der Wettervoraussage (vgl. Ib) wurde auf die Grenzen dieser Berechenbarkeit hingewiesen.¹ Drittens ist eine (Computer-) technische Lösung keine Antwort auf das Problem der Weitergabe von Informationen. Sie findet in keinem von Interessen freien Raum statt. Die gesamtgesellschaftliche Planung ist angewiesen auf die Informationen der einzelnen Betriebe. Diese können sich ihre Arbeit erleichtern, indem sie ihr Leistungsvermögen zu gering angeben. In Verhandlungen über die Wirtschaftspläne wurde in SU und DDR regelmäßig mit gezinkten Karten (selektiven oder falschen Informationen) gespielt. Unklar bleibt viertens das Verhältnis zwischen dem Ziel „Wir berechnen alles in Echtzeit“ und dem Ziel ausführlicher und umsichtiger demokratischer Beratung und Erwägung. (Vgl. dazu a. <https://keimform.de/2010/digital-ist-besser/>). Wer alles berechnen können will, muss auch alles berechenbar machen. [...]

e) Zu „Peer-Ökonomie“ vgl. Mats 2017, Creydt 2018.

f) Zu überspannten Erwartungen an den 3D-Drucker, das Internet und das „Internet der Dinge“ vgl. kritisch Fischbach 2016, 162ff, 84-102, Fischbach 2017, Fischbach 2017a.

Die genannten Konzepte tragen zu einer ebenso vagen wie autosuggestiven „Es wird schon werden“-Stimmung bei. Diese Modelle legen sich wenig Rechenschaft ab von der Komplexität moderner Gesellschaften. Eine *komplexe* Materie beinhaltet sachlich, sozial und zeitlich jeweils verschiedene Ebenen, die interagieren. Bspw. stehen die Erträge, die Rücklagen und Gewinne, die Ausgaben für produktive Investitionen, für Ersatzinvestitionen, für Forschung und Entwicklung und

¹ Es handelt sich um „offene Systeme, die durch seltene, unvorhersehbare Ereignisse beeinflusst werden, um Systeme mit nichtlinearen Zusammenhängen multipler Faktoren. Die klassische Naturwissenschaft gelangt hier oft nur schwer zu Aussagen“ (Bechmann, Gloede 1991, 127f.).

Infrastrukturen, für das Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie der soziale und private Konsum in vielfältigen nicht-trivialen Wechselwirkungen miteinander. Zwischen den verschiedenen Momenten einer komplexen Materie kommt es zu positiven und negativen Rückkopplungen, synergetischen Effekten und Eigendynamiken. Schwellenwerte und Puffer wiegen den Betrachter in falscher Sicherheit. Auch Reaktionen mit Zeitverzögerung machen es schwer, Wirkungen Ursachen zuzurechnen. Viele zentrale Momente sind den Prognostikern, Planern und Entscheidern verborgen. Der jeweilige Akteur „gleich einem Schachspieler, der mit einem Schachspiel spielen muss, welches sehr viele [...] Figuren aufweist, die mit Gummifäden aneinanderhängen, so dass es ihm unmöglich ist, nur *eine* Figur zu bewegen. Außerdem bewegen sich seine und des Gegners Figuren auch von allein, nach Regeln, die er nicht genau kennt“ (Dörner 1992, 66).

II) Für das Nachdenken über die nachkapitalistische Gesellschaft ist die Frage zentral, welche Rolle in ihr Märkte spielen.

a) Die immanenten Probleme von Märkten werden seit langem unter dem Stichwort „Marktversagen“ abgehandelt. In der nachkapitalistischen Gesellschaft verändert sich das Wirtschaften. Die Folgen sind: 1) Wegfall von Kapitalmärkten, 2) Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft, 3) Verringerung des Stellenwerts des Preismedium durch qualitative Indikatoren, 4) Veränderung der Bilanzierung (qualitative Indikatoren), 5) gesellschaftliche Entscheidung über Proportionen (zwischen Arbeit und Konsum, zwischen öffentlicher Daseinsfürsorge bzw. öffentlichen Gütern und privatem Konsum), 6) massive Verringerung der Mehrspurigkeit (Konkurrenz) und der Diversifizierung der Güter, 7) Durchsetzung bestimmter gesellschaftlich beschlossener Standards (Qualität des Arbeitens, der Produkte usw.).²

b) Die Aufgaben einer modernen Wirtschaftsordnung sind, 1) Informationen zu gewinnen über Bedürfnisse, Produktionskapazitäten, Angebote und Lagerbestände, 2) sicherzustellen, dass die Informationen zu denjenigen gelangen, die sie brauchen, 3) die verschiedenen Güter und Arbeiten zueinander ins Verhältnis zu setzen (Kommensurierungsproblem), 4) Angebot und Nachfrage miteinander abzustimmen, 5) die effizienteste Art der Arbeiten und Dienstleistungen und die effektivste Weise, die Bedürfnisse zu befriedigen, zu ermitteln, 6) auf die Wirtschaftseinheiten einzuwirken, damit sie diese Zwecke erfüllen, 7) sicherzustellen, dass Steuerungssignale bzw. Anreize dort ankommen, wo sie ankommen sollen (Prozessregulation), 8) zu reflektieren und zu bewerten, in welchem Maße die einzelnen Aufgaben und ihr Zusammenspiel geleistet bzw. erreicht werden. All diese Aufgaben sind so zu erfüllen, dass dabei möglichst geringe Kosten für die

² Warum Anders (2019, 12) das von Diane Elson vorgeschlagene „Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“, das „nicht wie die Behörden in den früheren Ostblockstaaten Produktionsziele festlegen und Produktionsmaterial verteilen, sondern bestimmte demokratisch festgelegte Normen für die Nutzung öffentlicher Anlagen durchsetzen“ (Elson)“ soll (Creydt 2019, 41), mit einer zentralen Plan-Behörde gleichgesetzt, ist nicht nachvollziehbar. Allgemeine Normierungen unterscheiden sich von konkreten Festlegungen (z. B. in puncto Zahl der Kraftwerke oder Zuweisungen für die Bahn).

Regelung, für die Informationsbeschaffung, für die Vereinbarung und andere erforderliche Transaktionen entstehen. Eine gesamtgesellschaftliche Planung hätte sich mit *diesen* Aufgaben zu beschäftigen.

Manche Linke verderben ihre Kritik an der hinter dem Rücken der Beteiligten verlaufenden und über Preisbewegungen und den Ausgleich der Profitraten regulierten Vergesellschaftung, indem sie diese Kritik verknüpfen mit Unmittelbarkeits- und Transparenzfiktionen von der nachkapitalistischen Gesellschaft als großes Kollektiv voller Einigkeit. Die Fiktion einer unmittelbaren Anerkennung der einzelnen Tätigkeit als gesellschaftliche Arbeit impliziert eine problematische Tendenz. Die Einheit und Unmittelbarkeit avanciert zu einer Norm, die dann gegen Störendes durchzusetzen ist (vgl. dazu Haug 1993, 136-139).

c) Es konnte bislang m. W. nicht überzeugend gezeigt werden, wie Planwirtschaft, „Computersozialismus“ und peer-Ökonomie die Informations-, Koordinations-, Rückkoppelungs- und Regulationsleistungen sowie Steuerungs- und Kommensurierungsaufgaben erfüllen, die bei einer weitreichenden und komplexen wirtschaftlichen Vernetzung (vgl. IIb) erforderlich sind. Mit diesen Leistungen identifizieren wir ein drittes zentrales Moment der Gesellschaft, das ebenso wie das (zweite) Moment der Effizienz und Produktivität unerlässlich ist für die nachkapitalistische Gesellschaft und zugleich in Divergenz steht zum „ersten“ Moment, dem Leitbild (gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘).

d) Marktsozialisten schlagen vor, „Markt“ und „Plan“ zu kombinieren. Wollen sie die Funktionen von Märkten nutzen, so können sie nicht zugleich Märkte so politisch beschränken oder in sie intervenieren, dass diese Funktionen gefährdet werden. 1) Keine Märkte ohne Konkurrenz. Sie schließt die Freiheit für Betriebe ein, in anderen Branchen mit höheren Gewinnaussichten zu investieren. Ohne diese Mobilität der Kapitale funktionieren die Rückmeldungen des Marktes nicht. Konkurrenz fördert ein gegenüber Inhalten gleichgültiges Wachstum. 2) Subventionen verfälschen Preise und stören die Informationsfunktion der Märkte. Wird durch Sachwalter der gesellschaftlichen Allgemeinheit einzelnen Betrieben geholfen, so protestieren andere Betriebe gegen diese Begünstigung. 3) Der Marktpreismechanismus funktioniert als Informationsmechanismus nur, wenn er zugleich auch Anreiz- oder Ausschlussmechanismus ist. Hohe Preise schließen die Nachfrager aus, die sie nicht zahlen können. „Anbieter machen bei notwendigen Preisanpassungen nach unten aufgrund ihrer zu hohen Kosten Verluste und werden vom Markt verdrängt. Umgekehrt werden Anbieter, die bei Preissteigerungen ihre Produktion an die veränderte Nachfrage anpassen und ausdehnen, mit zusätzlichen Gewinnen ‚belohnt‘. Aufgrund solcher Gewinnchancen wird investiert und neue Anbieter dringen in den Markt ein“ (Hamel 1974, 125). Politische Eingriffe in die Marktwirtschaft sind gewiss möglich, dürfen aber, wenn Marktfunktionen intakt bleiben sollen, ein bestimmte Maß nicht überschreiten. Umgekehrt ist auch die Planwirtschaft keine „Medizin, die, in kleinen Dosen verabreicht, dieselben Wirkungen hervorbringen könnte, die man von ihrer massiven Anwendung erwarten kann. Sowohl das

Wettbewerbsprinzip wie das der zentralen Steuerung werden zu schlechten und stumpfen Werkzeugen, wenn sie unvollständig sind“ (Hayek 1991, 65f.). Mischen lassen sich Bier und Zitronenlimonade in verschiedenen Proportionen. Nicht mischen lassen sich zwei Strukturen (Markt- und Planwirtschaft), bei denen obligatorische Momente der einen Struktur die Existenz der anderen Struktur beeinträchtigen oder außer Kraft setzen.

In jeder modernen Gesellschaft herrscht die Notwendigkeit einer Proportionierung der Arbeiten, die auf die verschiedenen Arbeitszweige und Betriebe verteilt werden, und die in IIb genannten Aufgaben sind zu bewältigen. Die Marktwirtschaft stellt kein neutrales oder technisches Mittel für diese Zwecke dar, sondern erfüllt sie, indem sie die Entwicklung des Reichtums in einer Richtung fördert, die ein Entstehen der kapitalistischen Ökonomie begünstigt. Wer Märkte in der nachkapitalistischen Gesellschaft „nutzen“ will, muss angeben, wie mit diesen Tendenzen umgegangen werden soll.

J.-F. Anders meint, an der Waren- und Geldwirtschaft gebe es solange nichts auszusetzen, wie in ihr „kein privater Erwerb von Produktionsmitteln zulässig“ ist und die Arbeitskraft nicht privat „als eine Mehrwert erzeugende Ware“ gekauft werden kann (Anders 2019, 13). Anders klammert aus, wie bereits die nichtkapitalistische Warenproduktion dazu tendiert, „das Gemeinwesen aufzulösen in einen Haufen von Privatproduzenten“ (MEW 20, 289), die sich an ihren partikularen Vorteilen orientieren und strategisch handeln. Auch für die unter dem Primat staatlicher Vorgaben stehenden Betriebe in der SU galt, wenn sie informell mit anderen Betrieben gehortete Güter tauschten: Sie versuchen, aus der Bedürftigkeit anderer einen eigenen Vorteil zu ziehen und den anderen mit seiner Abhängigkeit unter Druck zu setzen. Über das Zustandekommen des Tausches entscheidet die Zahlungsfähigkeit bzw. der Besitz an Gütern, die man selbst braucht. Negative Effekte sowie Kosten der eigenen Produktion werden externalisiert, um individuell Kosten zu sparen.

Fazit: Wir stehen vor einem Dilemma: Es gibt einerseits gute Gründe dafür, Märkte als einer nachkapitalistischen Vergesellschaftung fremd zu erachten. Andererseits bleibt trotz der in IIa genannten Veränderungen der Wirtschaft angesichts der Probleme der Alternativmodelle zu Märkten (vgl. I) bislang völlig unklar, wie ohne Märkte die wirtschaftliche Vernetzung funktionieren kann. Angesichts der Widersprüche von bisherigen Konzepten, die die Einheit der Gegensätze (Märkte und die nachkapitalistische Gesellschaft) stiften wollen, erscheint es für weiteres Nachdenken unumgänglich, das Dilemma als offenes Problem zu benennen. Probleme kann nicht lösen, wer von ihnen abstrahiert.

III) J.-F. Anders entschärft Spannungen zwischen verschiedenen Interessen und Bedürfnissen in der kommunistischen Gesellschaft mit einer sehr weitgehenden Idee. Er nimmt, Ernest Mandel

zitierend, an, in der nachkapitalistischen Gesellschaft werde Knappheit als Problem nach und nach absterben (Anders 2019, 13f.). Das *künftige* Wachstum der Produktivkräfte sei die Ursache dafür, dass es *übermorgen* in der Befriedigung der *heute* bestehenden Bedürfnisse keinen Mangel mehr gebe. Stillschweigend schließt diese Annahme ein *künftiges* Wachstum der *Bedürfnisse* aus. Die Knappheit wird zudem allein auf den Konsum der einzelnen Individuen bezogen. Der Verbrauch an Schuhen und Kleidern habe, so Mandel, bereits 1987 in den „reichsten Ländern“ (Ebd., 13) „tendenziell einen Sättigungsgrad erreicht“ (Ebd., 14). Unter Bedingungen des Überflusses würden im Kommunismus auch Märkte überflüssig. Wir können jedoch bei der nachkapitalistischen Gesellschaft nicht allein eine Vergrößerung des Vorrats an finanziellen Mitteln infolge des Wegfalls kapitalismusspezifischer Verschwendungen annehmen. Erwartbar ist ein Mehraufwand für bislang im Kapitalismus infolge des Verwertungsimperativs stiefmütterlich versorgte oder aschenputtelmäßig verkümmerte Bereiche. J.-F. Anders hält die Existenz von Knappheit in der nachkapitalistischen Gesellschaft für kein reales Problem, sondern für ein ideologisches. Letzteres verdanke sich einzig und allein der irrigen Vorstellung, dass „die menschlichen Bedürfnisse nun mal unbegrenzt seien“ (Ebd., 13). Vorstellungen von der anzustrebenden Überflusgesellschaft vertragen sich schlecht mit einem gegenwärtig entstehenden Problembewusstsein. Steigerungen der Produktion und Produktivität sind ihm zufolge dann nicht zu befürworten, wenn sie zu mehr negativen ökologischen Effekten führen. Und Einbußen an Produktivität und Produktionsmenge sind erforderlich, wenn anders sich nicht die negativen Effekte der bisherigen Arbeitsbedingungen auf die Arbeitenden überwinden lassen. Wir bedürfen beides: Gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘ einerseits, andererseits Zweck-Mittel-Rationalität und Effizienz – nicht nur bei der Notfallversorgung im Krankenhaus und beim eng gekoppelten System wie dem Bahnverkehr. Eine Verringerung der Effizienz und eine Verlangsamung von Innovationen kann befürwortet werden, wenn gesellschaftliche Debatten Zeit brauchen und die Bevölkerung dieses Sich-Zeit-Nehmen (auch für die öffentliche Erwägung und Beratung) als Moment der neuen Lebensqualität wertschätzt. Die nachkapitalistische Wirtschaft ist nicht allein eine möglichst effizient zu gestaltende Bedarfsdeckungswirtschaft, sondern auch selbst ein Bereich menschlicher Entwicklung im Sinne von ‚Praxis‘, deren Mangel sich nicht durch mehr Freizeit (infolge von gesteigerter Produktivität) ausgleichen lässt. Es entstehen insofern gute Gründe dafür, die Produktion *n i c h t* zu steigern. Wer diese Gründe begreift, verabschiedet sich von der Vorstellung, im Sozialismus würden alle Quellen des Reichtums ungehemmt fließen. Damit entstehen Fragezeichen gegenüber der Erwartung eines Überflusses, angesichts dessen Knappheit „kein Thema“ mehr sei. Anders’ Zielvorstellung gleicht einem Schlaraffenland, in dem keine Situationen existieren, bei denen die Entscheidung für Zweck A nicht zu Einbußen bei Zweck B führen könne, weil ohnehin alles im Überfluss existiere. Bei wirtschaftlichen Entscheidungen lautet die Frage: Auf welchen der verschiedenen Verwendungszwecke wird ein bestimmtes Quantum von Finanzen verwendet, um mit geringstmöglichen Kosten einen größtmöglichen Nutzen zu erzielen? Gewiss kommt in einer

nachkapitalistischen Gesellschaft diesem Effizienz-Gesichtspunkt nicht das Primat zu. Daraus folgt aber nicht, eine solche Gesellschaft könne bei der Verwendung von Finanzen auf diese Rechnungsweise verzichten.